

Unsere Sorge gilt auch den katholischen Schulen, für die der katholische Religionsunterricht ein Proprium ist. Welche Folge hätte die im Positionspapier als „Weiterentwicklung“ des konfessionell-kooperativen Religionsunterrichts bezeichnete Einführung für die katholischen Schulen, wenn das Proprium nicht mehr da ist?

Als katholischer Berufsverband fragen wir uns, ob **zentrale katholische Themen** wie Sakramente, Heiligenverehrung, die Hl. Messe und bestimmte Feste des Kirchenjahres (z.B. Fronleichnam) überhaupt noch glaubwürdig vermittelt werden können. Wie soll ein Religionslehrer von den profilbildenden Elementen einer Konfession sprechen, wenn er nur angelesenes Wissen vermittelt? Wie sollen Unterscheidungsmerkmale erkannt werden, wenn keine konfessionelle Identitätsfindung mehr stattfinden konnte? Eine kritische Auseinandersetzung wird es nicht mehr geben, denn dazu braucht es zunächst einen **Standpunkt**.

Gerade in Zeiten, in denen religiöse Grundkenntnisse in beiden Konfessionen verdunsten, ist es verantwortungslos, die oftmals noch einzige Möglichkeit der Gegensteuerung im Rahmen des konfessionellen Religionsunterrichts aufzugeben.

**Bildnachweis:**

Gerokreuz im Kölner Dom, 10. Jh., Strahlenkranz von 1683, Foto: [https://de.wikipedia.org/Elke\\_Wetzig\\_elya](https://de.wikipedia.org/Elke_Wetzig_elya), date: 2006-09-03

## Keine Sparmaßnahmen statt Bildung

Konkrete Vorteile hätten die Schulverwaltungen bzw. Schulleitungen, für die es einfacher ist, Religionslehrkräfte im christlichen Religionsunterricht einzusetzen, als mehrere konfessionelle Gruppen einzurichten. Das Land Niedersachsen würde Lehrerstunden sparen, denn kleinere konfessionelle Lerngruppen würde es dann nicht mehr geben. In der praktischen Umsetzung des Vorhabens sind aber neben den organisatorischen und finanziellen Gewinnen von Schulverwaltung und Bundesland vor allem entscheidende Verluste für die Inhalte und damit für die Bedeutung des Religionsunterrichts, in der Folge auch für die Gesamtbildung zu erwarten.

Daher fordert der VkdL die Beibehaltung des konfessionellen Religionsunterrichts. Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf konfessionelle Bildung und auf eine ungekürzte religiöse Beheimatung!



**Verein katholischer deutscher LehrerInnen e.V.**

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen  
Telefon: 02 01/62 30 29, Fax: 02 01/62 15 87  
E-Mail: [info@vkdl.de](mailto:info@vkdl.de)  
Internet: [www.vkdl.de](http://www.vkdl.de)



**Ist der konfessionelle  
Religionsunterricht  
in Gefahr?**

**Aus unserer Serie:  
Auf den Punkt gebracht!**



## **Konfessioneller Religionsunterricht in Gefahr?**

Als bundesweiter Berufsverband katholischer lehrender Frauen aller Bildungsbereiche sieht sich der VkdL in der Pflicht, zu dem Positionspapier „Gemeinsam verantworteter christlicher Religionsunterricht in Niedersachsen“ Stellung zu beziehen.

Der VkdL ist in großer Sorge, dass dieses Konzept auch in anderen Bundesländern Schule machen wird.

### **Mangelnde Transparenz und rechtliche Probleme**

Die in dem Positionspapier als „Weiterentwicklung“ des konfessionellen oder konfessionell-kooperativen Religionsunterrichts deklarierte Änderung ist in Wahrheit ein Kulturbruch:

Der christliche Religionsunterricht soll „an die Stelle der Fächer Evangelische und Katholische Religion“ treten, was bedeutet, dass das in Art. 7 Abs. 3 GG festgelegte Recht der Religionsgemeinschaften aufgegeben werden soll, den Inhalt des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den eigenen Grundsätzen zu bestimmen und zu erteilen.

Wäre ein „Christlicher Religionsunterricht“ überhaupt noch verfassungskonform?

Wenn in dem Positionspapier erklärt wird, der „Christliche Religionsunterricht“ solle „bekenntnisorientiert“ sein, dann halten wir das für völlig unrealistisch, schlimmstenfalls für ein Täuschungsmanöver, mit dem Kritiker zum Schweigen gebracht werden sollen. Man gewinnt beim Lesen des Positionspapiers den Eindruck, dass die Entscheidung zur Einführung des christlichen Religionsunterrichts längst getroffen ist – auch wenn von „Vorschlag“ und „Beratungsprozess“ die Rede ist. Denn die Nachricht von diesem Plan in Niedersachsen erreichte die Beteiligten im Frühjahr 2021 über die Medien, und nicht über ihre Kirche.

Verbände aus dem Bildungsbereich, aber auch der Katholische Elternverband sind im Vorfeld nicht einbezogen worden. Das Vorgehen zeugt nicht von Transparenz und auch nicht von dem Willen, die Menschen im Bistum ernst zu nehmen. Das macht betroffen, angesichts des weltweiten Aufrufs unseres Papstes zu Synodalität.

Zwar ist die Einführung des christlichen Religionsunterrichts Ländersache – sie ist aber sehr weitreichend: Sie betrifft nicht nur die Religionslehrerinnen und -lehrer, sondern auch die katholische Bevölkerung mit Kindern und Enkeln, die Ausbildungsseminare, die Hochschulen und die katholischen Schulen im Land.

Wichtig scheint uns die Beleuchtung des christlichen Religionsunterrichts

- ♦ aus den Perspektiven der Lernenden und der Lehrenden,
- ♦ aus rechtlicher Sicht, in der die Perspektive der Eltern aufgehoben ist,
- ♦ und aus dem Selbstverständnis der katholischen Schulen heraus.

Bei Einführung des christlichen Religionsunterrichts wird es im Land Niedersachsen keinen katholischen oder evangelischen Religionsunterricht mehr geben. Was passiert, wenn Eltern im Land Niedersachsen gemäß Art. 7, Abs. 3 GG einen explizit konfessionellen Religionsunterricht für ihre Kinder einfordern?

### **Konfessionelle Identität und Inhalte gehen verloren**

Die Religionslehrerinnen und -lehrer haben eine bewusste Entscheidung für ein Studienfach in ihrer eigenen Konfession getroffen. Entsprechend unterrichten sie mit der Beauftragung ihrer Kirche: mit der *Missio Canonica* oder auf der evangelischen Seite mit der *Vocatio*.

Wie würden Religionslehrerinnen und -lehrer Auskunft über ihre eigene Konfession geben, für die sie stehen?